Niederschrift

über die 30. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung vom
01.10.2019

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Wilhelm Kortmann

Sitzungsort: im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:20 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung*:*

Öffentlicher Teil:

1. Entwicklung des Areals der Astrid-Lindgren-Schule
   Vorlage: FB 3/076/2019
2. Vorstellung der Pestel-Studie
   Vorlage: FB 3/047/2019
3. Integriertes Klimaschutzkonzept - Auswahl des Beirates
   Vorlage: Stb./076/2019
4. Fraktionsantrag Bündnis90/Die Grünen vom 10.09.2019: Einbindung der Ratsgremien bei der Erarbeitung des IKS
   Vorlage: FB 3/075/2019
5. Bebauungsplan "Tüllinghofer Straße / Am Feldbrand"
   Vorlage: FB 3/045/2019

5.1. Bebauungsplan "Tüllinghofer Straße / Am Feldbrand" - Ergänzende Vorlage
   Vorlage: FB 3/045/2019/1

6. Bebauungsplan "Aabach"
   Vorlage: FB 3/065/2019
7. Bebauungsplan "Rohrkamp-Nordwest"
   Vorlage: FB 3/068/2019
8. Bebauungsplan "Leversumer Straße-Nord"
   Vorlage: FB 3/069/2019
9. Bebauungsplan "Kastanienallee-Nordwest", 3. Änderung
   Vorlage: FB 3/064/2019
10. Bebauungsplan "Pastorenkamp-Ost", 21. Änderung
    Vorlage: FB 3/071/2019
11. Fraktionsantrag UWG vom 05.09.2019: Ortstermin im geplanten BP-Gebiet "Am Hüwel / Seppenrader Bach-Nord"
    Vorlage: FB 3/074/2019
12. Berichte
13. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

14. Erhöhung Anzahl der Mitglieder im Gestaltungsbeirat
    hier: Aufnahme eines weiteren Mitgliedes
    Vorlage: FB 3/046/2019
15. Berichte
16. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Entwicklung des Areals der Astrid-Lindgren-Schule
Vorlage: FB 3/076/2019

Der Ausschussvorsitzende begrüßt den Landrat des Kreises Coesfeld Dr. Christian Schulze-Pellengahr sowie den Kreisdirektor Joachim L. Gilbeau.
Im Anschluss stellt der Stv. Spiekermann-Blankertz den TOP vor und erläutert den Anlass des Antrages. Daraufhin übergibt Ausschussvorsitzender Kortmann das Wort an den Landrat Herrn Dr. Schulze-Pellengahr.

Dieser erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1) die derzeitigen Vorüberlegungen aus Sicht des Kreises Coesfeld. Man habe sich Gedanken über eine mögliche Nachfolgenutzung des Grundstücks der Astrid-Lindgren-Schule gemacht. Unter anderem gab es Überlegungen zur Umnutzung der Bestandgebäude, beispielsweise mit einer anderen Schul- oder Behördenbelegung oder Nutzung als Kommunalarchiv. Da die Pestel-Studie ergab, dass in Lüdinghausen sozialverträglicher Wohnraum geschaffen werden müsse, wurde der Gedanke über einen Abriss des Bestandes und Neubebauung des Grundstücks weiterverfolgt. Es wurde überlegt, wie sich eine Wohnbebauung einfügen würde. Berücksichtigt wurden hierbei ausreichend Stellplätze und eine offene Durchgrünung. Das Vorhaben solle sich städtebaulich in den Bestand einfügen. Gebäudehöhen von bis zu 12 Metern könnten möglich sein, eine kasernenartige Wirkung solle aber nicht entstehen. Auch der Tatbestand einer vorhandenen Mülldeponie sei berücksichtigt worden. Des Weiteren gäbe es Überlegungen, die Standards von „KfW-Effizienzhäusern 55“ anzustreben oder auch alternative Heizmöglichkeiten einzubinden. Es handele sich um ein Investitionsvolumen von ca. 12 Millionen Euro; wirtschaftliche Aspekte dürften bei solch einem Vorhaben nicht aus den Augen verloren werden. Die Vorüberlegungen befänden sich in einem frühen Planungsstadium, der Bebauungsplan müsste für solch ein Vorhaben allerdings angepasst werden. Es sei aber unstrittig, dass die Planungshoheit bei der Stadt läge, stellt Herr Dr. Schulze-Pellengahr in den Ausführungen fest. Es sei möglich, dort ein schönes Quartier mit ca. 70 Wohneinheiten zu entwickeln. 22 der Wohneinheiten könnten unter Einhaltung der Wohnraumförderbestimmungen des Landes NRW realisiert werden. Die Pläne des Vorhabens wurden vom Sendener Architekten Eckhard Scholz erstellt. Er stellt klar, dass der Kreis Coesfeld weiterhin Eigentümer bleiben wolle. Wer als Bauherr des Projektes in Frage kommen könne, müsse noch geklärt werden.

Stv. Spiekermann-Blankertz begrüßt das Vorhaben und hinterfragt, wie groß der Anteil für sozialen Wohnungsbau sein könne, ob Menschen mit eingeschränkter Mobilität dort wohnen können und ob die Realisierung eines Kindergartens an dieser Stelle auch möglich wäre. Herr Dr. Schulze-Pellengahr teilt mit, dass der Anteil an sozialem Wohnungsbau ausgewogen sein müsse, es werden im Allgemeinen etwa 30 bis 40% empfohlen. Bei den Planungen würde man barrierefreie Wohnungen anstreben, der Bau eines Kindergartens an dieser Stelle müsse geprüft werden. Solche Festlegungen sollten gemeinschaftlich mit der Stadt Lüdinghausen entwickelt und abgestimmt werden.

Stv. Möllmann begrüßt die letzte Aussage des Landrates, Planungen gemeinsam mit der Stadt Lüdinghausen zu entwickeln, teilt aber seine Verwunderung über die bisherige Vorgehensweise des Kreises mit. Er sei aber zuversichtlich, dass gemeinsam eine gute Lösung gefunden werden könne. Dieser Aussage schließen sich Stv. Kehl und Stv. Grundmann an. Aus Sicht des Stv. Grundmann sei der KfW-55-Standart noch zu wenig und solle höher angesetzt werden.
Stv. Spiekermann-Blankertz hinterfragt, ob es bei dem Planer Herrn Scholz nicht zu einem Interessenskonflikt kommen könne. Dieses wird von Bürgermeister Borgmann bestätigt.

Die Anzahl der Stellplätze komme ihm sehr hoch vor, teilt Stv. Höring mit. Stv. Horstmann hingegen regt an, die Anzahl der Stellplätze auf 1,5 pro Wohneinheit zu erhöhen.

SkB. Fricke bedankt sich für die Präsentation. Sie macht noch darauf aufmerksam, dass bei den Planungen kein Wohnraum für Familien mit Kindern eingeplant sei.

Stv. Grundmann hinterfragt die Zeitschiene des Projektes. In diesem Bereich seien viele Nutzungen möglich, antwortet Bürgermeister Borgmann. Grundsätzlich müssten bei jeglichen Planungen alle Faktoren, beispielsweise die Kindergartenbedarfsplanung, Berücksichtigung finden. Eine endgültige Planung sei für diesen Bereich noch nicht abgeschlossen, deshalb könne auch noch keine Zeitschiene festgelegt werden.

Stv. Kehl merkt an, dass er den zweiten Satz des Beschlussvorschlages der Verwaltung *„Dabei weist der Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung noch einmal deutlich darauf hin, dass die Planungshoheit bei der Stadt liegt.“* für entbehrlich hält und beantragt, diesen zu streichen.

Ausschussvorsitzender Kortmann lässt darüber abstimmen.

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	1

Somit ist dem Antrag zugestimmt.

Da Stv. Grundmann über die Planungen laufende Informationen erhalten möchte, beantragt er, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um den folgenden Satz zu ergänzen:
„Die Ergebnisse der Gespräche werden dem Ausschuss in der übernächsten KEPS-Sitzung vorgestellt.“

Ausschussvorsitzender Kortmann lässt darüber abstimmen.

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	5

Somit ist dem Antrag zugestimmt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Kortmann über den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:
Der KEPS empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, bei Aufgabe des Schulstandortes am Nottengartenweg mit dem Kreis Coesfeld über die Nutzungsmöglichkeiten des Areals und weiterer Vernetzungen in Gespräche einzutreten. Die Ergebnisse der Gespräche werden dem Ausschuss in der übernächsten KEPS-Sitzung vorgestellt.

-Einstimmig-

TOP 2) Vorstellung der Pestel-Studie
Vorlage: FB 3/047/2019

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Herrn Günter und übergibt ihm das Wort. Dieser stellt anhand der Präsentation, die der Sitzungsvorlage beigefügt war, die Kernpunkte der Pestel-Studie vor und erläutert die Situation für Lüdinghausen.

Stv. Gernitz bedankt sich für die Ausführungen und hinterfragt die Wohnsituation für Menschen mit Behinderungen. Darüber liegen derzeit keine Zahlen vor, teilt Herr Günter mit. Es werde heutzutage aber sehr häufig barrierefrei gebaut.

Da aus der Pestel-Studie hervorgeht, dass Mietwohnungsbau in Lüdinghausen notwendig sei, befände sich die Politik in der vergangenen Zeit schon auf dem richtigen Weg, stellt Stv. Möllmann fest. Es müsse eine ausgewogene Mischung zwischen dem Neubau von Ein-/Zweifamilienhäusern und Mietwohnungsbau angestrebt werden. Stv. Spiekermann-

Blankertz ergänzt, dass zeitnah mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden müsse. Hierzu merkt Herr Günter an, dass gerade für junge Menschen bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden solle. Gegebenenfalls könne später Eigentum geschaffen werden.

Stv. Grundmann regt an, bei weiteren Planungen auch das Thema „Nachverdichtung“ zu beachten.

Beschluss:
-zur Kenntnis-

TOP 3) Integriertes Klimaschutzkonzept - Auswahl des Beirates
Vorlage: Stb./076/2019

TOP 4) Fraktionsantrag Bündnis90/Die Grünen vom 10.09.2019: Einbindung der Ratsgremien bei der Erarbeitung des IKS
Vorlage: FB 3/075/2019

Stv. Spiekermann-Blankertz verlässt die Sitzung um 18:55 Uhr und nimmt nicht mehr an der Sitzung teil.

Ausschussvorsitzender Kortmann begrüßt Herrn Hübner und übergibt ihm das Wort. Dieser erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) den derzeitigen Arbeitsstand zur Aufstellung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKSK).

Stv. Grundmann hält die Vorgehensweise für zielführend und regt eine intensive Einbindung der politischen Gremien und der Öffentlichkeit an. Stv. Kehl und Stv. Möllmann stimmen dem zu. Stv. Grundmann ergänzt, er halte eine Festlegung hinsichtlich der Einsparungsziele in einem frühen Stadium der Konzepterarbeitung für erforderlich. Aus seiner Sicht sei im Beirat die Verwaltung zu deutlich vertreten, Umweltverbände hingegen gar nicht.

Herr Hübner entgegnet, man sei erst dabei den IST-Zustand zu erfassen, erst im Anschluss können Zielfestsetzungen getroffen werden. Ein Einbinden der Öffentlichkeit solle erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, beispielsweise telefonisch oder durch Interviews. Im Vorfeld könne eine Ideensammlung durch den Beirat erfolgen.

SkB. Stallmann schlägt vor, dass die Liste der Mitglieder des Beirates um je ein weiteres Mitglied aus dem Landwirtschaftsbereich und des Naturschutzverbandes erweitert wird. Dieser Vorschlag findet parteiübergreifende Zustimmung.

Ausschussvorsitzender Kortmann lässt darüber abstimmen.

-Einstimmig-

Somit ist dem Antrag zugestimmt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:
Der Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat der Stadt Lüdinghausen die auf Seite 2 genannten Personen für den Beirat zu entsenden.
Des Weiteren soll die Liste der Mitglieder des Beirates um je ein weiteres Mitglied aus dem Landwirtschaftsbereich und des Naturschutzverbandes erweitert werden.

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

TOP 5) Bebauungsplan "Tüllinghofer Straße / Am Feldbrand"
Vorlage: FB 3/045/2019
TOP 5.1) Bebauungsplan "Tüllinghofer Straße / Am Feldbrand" - Ergänzende Vorlage
Vorlage: FB 3/045/2019/1

Stv. Höring und Stv. Möllmann erklären sich für befangen und verlassen zu diesem TOP den Sitzungssaal.

Der TOP wird durch Frau Schmidt vorgestellt. Sie hinterfragt, ob zu der Abwägungstabelle der Verwaltung Fragen bestehen. Dieses wird von den Ausschussmitgliedern verneint. Es herrscht parteiübergreifende Einigkeit darüber, auf die Einzelabstimmung der Abwägungen zu verzichten. Ausschussvorsitzender Kortmann macht darauf aufmerksam, dass eine Einzelabstimmung der Abwägungen in der Sitzung des Stadtrates erfolgen muss.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:
Der Ausschuss für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, den Abwägungsvorschlägen zu folgen und den Bebauungsplan „Tüllinghofer Straße – Am Feldbrand“ und dessen Begründung als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB zu beschließen.

-Einstimmig-

TOP 6) Bebauungsplan "Aabach"
Vorlage: FB 3/065/2019

Der TOP wird durch Frau Schmidt vorgestellt.

Stv. Gernitz begrüßt das Vorhaben und hinterfragt, ob eine Bushaltestelle vorgesehen werde, ob durch die Renaturierung Ökopunkte generiert werden können und wie sich die verkehrliche Situation entwickeln werde. Des Weiteren merkt er an, dass Bereiche mit bezahlbarem Wohnraum geschaffen werden sollen und beispielsweise ein Quartier mit ökologischem Nutzen realisiert werden könne. Bürgermeister Borgmann stellt klar, dass erst die Eigentumsverhältnisse und Straßenführung geklärt werden müssen, ehe man in weitergehende Planungen einsteigt.

Stv. Möllmann begrüßt den Gedanken, dort ein ökologisch wertvolles Wohngebiet zu entwickeln. Dieses Ziel solle aber nicht zu eng gesteckt werden, es müsse realisierbar sein. Stv. Grundmann merkt an, dass er den zusätzlichen Flächenverbrauch kritisch sehe. Er schlägt vor, die Benennung des Bebauungsplanes in „Klimaschutzsiedlung Aabach“ zu ändern. Bürgermeister Borgmann schlägt vor, den ersten Teil des Beschlussvorschlages der Verwaltung wie folgend zu ändern:
Der KEPS empfiehlt dem Rat, den Bebauungsplan „Aabach“ *unter Berücksichtigung des zu erstellenden Integrierten Klimaschutzkonzeptes* sowie die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen.

Dieser Vorschlag findet parteiübergreifende Zustimmung.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende über den neu formulierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:
Der KEPS empfiehlt dem Rat, den Bebauungsplan „Aabach“ unter Berücksichtigung des zu erstellenden Integrierten Klimaschutzkonzeptes sowie die 22. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen.

Der KEPS empfiehlt dem Rat, die Umlegung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Aabach“ gemäß § 46 Abs. 1 BauGB anzuordnen.

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

TOP 7) Bebauungsplan "Rohrkamp-Nordwest"
Vorlage: FB 3/068/2019
Frau Schmidt stellt den TOP vor.

Da keine Fragen der Ausschussmitglieder vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanentwurfes „Rohrkamp-Nordwest“ sowie dessen Begründungsentwurf zu beschließen.

-einstimmig-

TOP 8) Bebauungsplan "Leversumer Straße-Nord"
Vorlage: FB 3/069/2019
SkB. Stallmann erklärt sich zu diesem TOP befangen und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Der TOP wird durch Frau Schmidt vorgestellt.

Stv. Kehl hinterfragt die Zeitschiene des Projektes. Die Bebaubarkeit sei für Herbst 2021 geplant, erklärt Frau Schmidt.

Stv. Grundmann regt an, den neuen Bebauungsplan klimaneutral zu realisieren. Es könne eine Regelung durch den Grundstückspreis erfolgen, merkt Stv. Möllmann hierzu an. Stv. Kehl ergänzt, man könne in diesem Bebauungsplan nicht alles nachholen, was in der Vergangenheit zum Thema Klimaschutz nicht realisiert wurde.

Stv. Grundmann möchte darüber abstimmen lassen und stellt den Antrag, den ersten Teil des Beschlussvorschlages der Verwaltung wie folgt zu ändern:
Der KEPS empfiehlt dem Rat, die Aufstellung des Bebauungsplanes „Leversumer Straße -

Nord“ *unter der Maßgabe, dass dieser klimaneutral realisiert wird*, zu beschließen.

Der Ausschussvorsitzende Kortmann lässt darüber abstimmen:

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	10
Enthaltungen:	2

Somit ist dieser Beschlussvorschlag abgelehnt.

Da keine weiteren Fragen der Ausschussmitglieder vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Kortmann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:
Der KEPS empfiehlt dem Rat, die Aufstellung des Bebauungsplanes „Leversumer Straße - Nord“ zu beschließen.

Der KEPS empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB zum Vorentwurf des Bebauungsplanes „Leversumer Straße-Nord“ sowie dessen Begründung durchzuführen.

Der KEPS empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die 23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lüdinghausen im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 Satz 1 BauGB durchzuführen.

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	0

TOP 9) Bebauungsplan "Kastanienallee-Nordwest", 3. Änderung
Vorlage: FB 3/064/2019

Frau Schmidt stellt den TOP vor.

Da keine Fragen der Ausschussmitglieder vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Kortmann über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:
Der KEPS empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, für die aufgezeigte Änderung das vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB einzuleiten und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.
Soweit im Beteiligungsverfahren keine Anregungen eingehen, beschließt der Rat die Satzung mit entsprechender Begründung.

-einstimmig-

TOP 10) Bebauungsplan "Pastorenkamp-Ost", 21. Änderung
Vorlage: FB 3/071/2019

Frau Schmidt stellt den TOP vor.

Aus seiner Sicht werde die Umwandlung von öffentlicher Grünfläche in private Grünfläche kritisch gesehen, teilt Stv. Grundmann mit.

Weitere Fragen von Ausschussmitgliedern liegen nicht vor und der Ausschussvorsitzende Kortmann lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:
Der KEPS empfiehlt dem Rat, die 21. Änderung des Bebauungsplanes „Pastorenkamp-Ost“ im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufzustellen.

Der KEPS empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB des Änderungsentwurfes und dessen Begründung durchzuführen.

-einstimmig-

TOP 11) Fraktionsantrag UWG vom 05.09.2019: Ortstermin im geplanten BP-Gebiet "Am Hüwel / Seppenrader Bach-Nord"
Vorlage: FB 3/074/2019

Der TOP wird durch die Stv. Wischnewski vorgestellt. In den Ausführungen macht Sie deutlich, dass es seitens ihrer Fraktion für wichtig gehalten werde, vor weiteren Entscheidungen eine Vor-Ort-Besichtigung durchzuführen. Stv. Möllmann macht darauf aufmerksam, dass das Schreiben vom Kreis Coesfeld eine eindeutige Ablehnung beinhalte.

Es folgt eine kurze parteiübergreifende Diskussion im Ausschuss.

Im Anschluss lässt der Ausschussvorsitzende über den folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Dem Antrag zur Einberufung eines Ortstermins wird gefolgt.

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	0

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Über den Beschlussvorschlag der Verwaltung wird nicht mehr abgestimmt.

TOP 12) Berichte
-entfällt-

TOP 13) Anfragen
Stv. Möllmann regt (unter Bezugnahme eines am heutigen Tag erschienenen Zeitungsartikels) die Aufstellung von Draht-Laubkörben in Gebieten mit vermehrten Baumbestand an.

Stv. Wischnewski hinterfragt den stattgefundenen Schriftverkehr zum Bebauungsplan „Am Hüwel / Seppenrader Bach-Nord“. Bürgermeister Borgmann bietet an, das Gespräch mit ihr in der Verwaltung fortzusetzen.

Des Weiteren wurde hinterfragt, ob und welche Planungen es im Bereich der Seppenrader Straße / Industriestraße gäbe. Dort gäbe es Planungen für den Neubau eines Burger King, teilt Bürgermeister Borgmann mit.

Frau Fricke hinterfragt die Kanalsituation in der Ludwig-Uhland-Straße im Zusammenhang des geplanten Bebauungsplangebietes „Am Hüwel/Seppenrader Bach-Nord“. Für eine Neubebauung in diesem Bereich müsse der vorhandene Kanal ertüchtigt werden, teilt Frau Trudwig mit.

Wilhelm Kortmann	Martina Bendler
Vorsitzende/r	Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 30. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Energie, Planung und Stadtentwicklung der Stadt Lüdinghausen am 01.10.2019

anwesend:

CDU-Fraktion

Höring, Volker	Nicht zum TOP 5 und 5.1
Horstmann, Heinrich	Vertretung für Hildegard Bone
Merten, Michael	
Möllmann, Bernhard	Nicht zum TOP 5 und 5.1
Schnittker, Alois	
Schulze Uphoff, Theo	Vertretung für Dr. Klaus Dieter Waldt
Suttrup, Thomas	

SPD-Fraktion

Gernitz, Niko	Vertretung für Bernhard Tewes
Spiekermann-Blankertz, Michael	Nur zu TOP 1 und 2
Stallmann, Dagmar	Nicht zum TOP 8
Steinkuhl, Thomas	Vertretung für Dirk Havermeier

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grundmann, Eckart	
Kortmann, Wilhelm	
Vogel, Melanie	Vertretung für Bruno Bierschenk

UWG-Fraktion

Kehl, Markus	Vertretung für Jürgen Berau
Wischnewski, Susanne	Vertretung für Rafael Borgmann

FDP-Fraktion

Fricke, Cornelia	

von der Verwaltung

Bendler, Martina	
Borgmann, Richard, Bürgermeister	
Schmidt, Janine	
Trudwig, Ellen	

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Bone, Hildegard	
Waldt, Klaus-Dieter, Dr.	

SPD-Fraktion

Havermeier, Dirk	
Tewes, Bernhard	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bierschenk, Bruno	

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Borgmann, Rafael	